



Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics im DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Schwächeres Wachstum in China: Weltwirtschaft könnte sogar profitieren

In China schwächt sich das Wirtschaftswachstum ab. Lag die Steigerung der realen Produktion im vierten Quartal 2012 noch bei 7,9 Prozent, konnte die Wirtschaft im ersten Quartal 2013 um 7,7 Prozent und im zweiten Quartal um 7,5 Prozent zulegen. Ein weiterer Rückgang steht anscheinend unmittelbar bevor: So hat der chinesische Finanzminister unlängst signalisiert, dass die neue Regierung auch einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von weniger als sieben Prozent tolerieren würde, eventuell sogar über einen längeren Zeitraum hinweg. Damit könnte das Wachstum unter die Grenze von 7,5 Prozent fallen, die von vielen Analysten als kritisch angesehen wird, um die politische Stabilität des Landes zu gewährleisten und ausreichend Beschäftigungsmöglichkeiten für die vielen Millionen Wanderarbeiter zu bieten. Kommt es nun gar zu Unruhen, wenn das Wachstum unter diese Schwelle sinkt? Wohl nicht.

Tatsächlich ist die Wirtschaft in China in den letzten Dekaden vor allem über einen starken Anstieg der Investitionen und Exporte gewachsen. Die aktuelle Abschwächung ist vor allem auch eine Folge niedrigeren Wachstums in den Vereinigten Staaten und der anhaltenden Rezession im Euroraum. Bislang hatte China auf den Rückgang seiner Ausfuhren durch die Ankurbelung der Investitionen reagiert. Infrastrukturausgaben wurden massiv ausgeweitet und die Kreditbedingungen insbesondere für staatliche Unternehmen erleichtert. Diese Strategie hat zu starken Ungleichgewichten geführt. Die staatlichen Großbanken haben ohne hinreichende Bonitätsprüfung Kredite an Unternehmen vergeben, die zum Teil uneinbringlich sein dürften. Bei niedrig gehaltenen Zinsen sind Gelder auch in wenig produktive Bereiche geflossen, sodass Überkapazitäten entstanden sind. Die Lokalregierungen haben sich infolge der konjunkturstimulierenden Maßnahmen massiv verschuldet.

Die neue Führung des Landes hat die Ungleichgewichte nun offenbar erkannt und reagiert, bevor die Entwicklung kritisch wird. So sollen Unternehmen in Branchen mit Überkapazitäten kein frisches Geld mehr erhalten – es sei denn, sie wollen damit ihren Betrieb stilllegen. Der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt, der inzwischen bei über 50 Prozent liegt, dürfte sich künftig reduzieren. Stattdessen ist ein ausgewogeneres Wachstum das Ziel, mit einem zunehmenden Fokus auf den Konsum privater Haushalte. Das setzt eine höhere Dynamik der verfügbaren Einkommen voraus, die in den letzten Jahren allerdings meist deutlich weniger gestiegen sind als das Bruttoinlandsprodukt. Um die Transformation der Wirtschaft in der Bevölkerung abzusichern, muss die Expansionsrate der verfügbaren Einkommen mindestens stabil gehalten werden. Das ist auch bei einem langsameren Wachstum der Produktion möglich. In die Strategie eines höheren Binnenkonsums passen stärkere Lohnerhöhungen, aber auch in der Tendenz steigende Zinssätze, die zwar das Investitionsgeschehen bremsen, aber höhere Einkommen der Haushalte aus der Verzinsung von Sparguthaben bedeuten. Angesichts einer Sparquote von über 40 Prozent ist das nicht unerheblich. Darüber hinaus kann eine stärkere Deregulierung der Finanzmärkte hilfreich sein, um Liquiditätsrestriktionen abzubauen.

Ob die Wachstumsabschwächung zu Beschäftigungsverlusten führt, bleibt abzuwarten. Derzeit spricht wenig dafür. So haben die Löhne der Wanderarbeiter trotz der wirtschaftlichen Abschwächung zuletzt deutlich angezogen. Zudem dürfte eine etwas langsamere Investitionsdynamik eine weniger kapitalintensive Produktionsweise nach sich ziehen. Insgesamt wird die wirtschaftliche Entwicklung in China auch bei schwächerem Wachstum nicht durch Instabilität gekennzeichnet sein. Und die Weltwirtschaft könnte am Ende sogar profitieren, wenn das Land weniger als bisher über Exporte und Investitionen wächst.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Prof. Dr. Anne Neumann

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.